

Leserbrief an die Bevölkerung Südthüringens, 12.08.16

Liebe Leserinnen und Leser der Zeitung „Freies Wort“,

wir vom Sommercamp des Jugendverband REBELL in Truckenthal weisen die Verleumdung des Solidaritätsprojekts „Haus der Solidarität“ ausdrücklich zurück in einem Artikel des Freien Worts vom 12.08.16 „Solidaritäts-Projekt trifft nicht nur auf Zustimmung“ sowie dem Kommentar „War das jemals ernst gemeint?“. Dort wird uns vorgeworfen, dass es mit dieser Flüchtlingsolidarität nicht ernst gemeint wäre, weil viele Unterstützer in dem Sozialismus die Alternative zum Kapitalismus sehen und sich dafür einsetzen. Dazu schreibt das Freie Wort: *„Es darf wohl die Frage gestellt werden, ob das Ansinnen, eine Unterkunft für Flüchtlinge zu errichten, jemals ernst gemeint war, es vielleicht nur darum ging Spenden und kostenfreie Arbeitsleistung zu akquirieren. Was bleibt? Es wurde eine Begegnungsstätte geschaffen, die rechtlich natürlich auch kommerziell genutzt werden kann“* (Freies Wort, 12.08.16).

28 000 kostenlose Arbeitsstunden, private Kredite von 600 000€ und 60.000€ Spenden sollen nicht ernst gemeint sein?! Alleine auf unserem Sommercamp haben 286 Kinder und Jugendliche mindestens 1260 Arbeitsstunden ehrenamtlich am „Haus der Solidarität“ gearbeitet gemeinsam mit Flüchtlingen aus Irak, Iran, Syrien, Rojava, Afghanistan, Albanien uvm. Das ganze Jahr über kommen Schüler, Arbeiter, Studenten, Flüchtlinge her um daran zu arbeiten. Die Bevölkerung spendete Werkzeug, Kleidung und Geld.

Jeder der beim Richtfest am 06.08.16 gewesen ist, der bei den vielen freiwilligen Arbeitseinsätzen dabei gewesen ist, oder auf dem großen Benefiz-Festival an Pfingsten dabei war, kann sehr wohl bestätigen, dass das „Haus der Solidarität“ eine Flüchtlingsolidarität der besonderen Art ist und von sämtlichen Flüchtlingen selbst mit ganzem Herzen begrüßt wird. So sagte ein Flüchtling auf dem Richtfest, dass in einer Zeit wo die Tür für Flüchtlinge geschlossen wird, sie hier geöffnet wird.

Das „Haus der Solidarität“ lebt bereits. Der REBELL ist stolz darauf, einen großen Anteil daran zu haben, dass diese Flüchtlingsunterkunft trotz Boykott an Ansehen und Verankerung unter der Bevölkerung gewinnt. Wir klagten auf unserem Tribunal die reaktionäre Flüchtlingspolitik der Bundesregierung und den Boykott des Haus der Solidarität an. Diese Regierung meint ihre humanistischen Phrasen über die Integration von Flüchtlingen nicht ernst - und will sie von der Bevölkerung isolieren, sie kriminalisieren und einschüchtern.

Ja, wir Rebellen greifen diese menschenunwürdige Flüchtlingspolitik der Bundesregierung und der EU ganz klar an, welche unterm Strich nur aus Abschottung an den Grenzen besteht, wo Menschen die einfach keine andere Wahl haben als zu fliehen, wegen Krieg, Verelendung, oder Umweltzerstörung, dazu gezwungen sind lebensgefährliche Fluchtwege auf sich zu nehmen. Die Flüchtlingszahlen gehen keineswegs zurück. Sie werden nur nicht mehr nach Deutschland rein gelassen. Wir wissen auch, dass der Initiatorenkreis konkrete Gespräche mit dem Landesminister Bodo Ramelow geführt hat, der das Projekt begrüßt. Der Boykott besteht ja gerade darin, dass es bisher keine Fördermittel gab und auch keine Flüchtlinge zugewiesen wurden.

Oder die Art und Weise wie sie in großer Zahl unwürdig in Massenunterkünften, wie zum Beispiel im Flüchtlingsheim in Suhl zusammen gepfercht werden, ungeachtet sprachlicher und ethnischer Barrieren und Widersprüchen, ganz zu schweigen einer unwürdigen Versorgung. Wir greifen auch weiter die eigentlichen Verantwortlichen für die Fluchtursachen an, zu welcher der Kapitalismus mit seinen Kriegen um Macht- und Einflussphären und seiner profitorientierten Produktionsweise geführt hat. Deswegen sehen wir im Sozialismus die Alternative zur Lösung dieser drängenden Menschheitsprobleme – der Mensch im Einheit mit der Natur muss im Mittelpunkt stehen, nicht der Profit!

Weiter heißt es im Artikel: *„Nicht ausblenden möchten manche die politische Ausrichtung der Initiatoren. Die Betreiber des Ferienzentrums im Waldgrund stehen der vom Bundesamt für Verfassungsschutz als linksextrem eingestuften Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands (MLPD) nahe.“*

Wir unterstützen das „Haus der Solidarität“, weil hier eine Flüchtlingspolitik betrieben wird, die sich gerade für den gemeinsamen Kampf und Zusammenschluss von Ausgebeuteten und Unterdrückten über Ländergrenzen hinweg einsetzt. Sein Geist ist die Solidarität und Unterstützung des kurdischen Befreiungskampf im syrischen Rojava, wo sich nämlich unterschiedlichste demokratische Kräfte für die Befreiung vom faschistischen IS und für den Kampf für eine befreite Gesellschaft zusammengeschlossen haben. Das „Haus der Solidarität“ soll den Menschen von dort hier die Möglichkeit geben ihre Errungenschaften einer demokratischen Selbstverwaltung weiterzuführen, sich mit der Bevölkerung und dem Kampf der Arbeiter und Massen in Deutschland zu verbinden, aber eben auch, dass sie irgendwann gestärkt zurückgehen können, um ihr Land wieder aufzubauen. Wenn, dass dem Verfassungsschutz ein Dorn im Auge ist, dann sollte er sich mal an die eigene Nase fassen. Das „Freie Wort“ bezieht sich hier auf Quellen des Verfassungsschutzes, der faschistische Organisationen fördert, die Flüchtlinge terrorisieren.

Wir begrüßen darüber hinaus jeden Flüchtling egal welcher Nation, der in diesem Sinne in dem „Haus der Solidarität“ leben möchte. Uns dadurch eine ethnisch aussortierte Flüchtlingshilfe zu unterstellen grenzt an bodenloser Verdrehung der Tatsachen. Hunderte Flüchtlinge verschiedenster Nationalitäten waren bereits hier und würden gerne hier einziehen, weil die Bedingungen und demokratische Kultur hier die anderen Unterkünfte in den Schatten stellt.

Wir fordern die Redaktion dieser Zeitung auf alles richtig zu stellen. Wir rufen weiter dazu auf sich diesem zukunftsweisenden Projekt anzuschließen.

Sommercamp Jugendverband REBELL